

BGE 53 III 1

Bundesgericht (BGE), 1927-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_53_III_1

FR: ATF 53 III 1

IT: DTF 53 III 1

Volltext

A'ISchG .. 00 .. OR .. PatG PfStV .. PGB ... PoIStrG(B) . PostG •... SchKG .. StrG(B) ... StrPü .. SlrV. URG ... VVG .. VZEG VZG ZGB. ZPO. CC CF CO CP. Cpc .. . Cpp .. . LCA. LF .. LP .. OJF ORI . CC ••••• CO •..... Cpc •••• Cpp ••••• LF •••••. LEI" ••••• OGF ... '. Bundesgesetz betr. den Schutz der Fabrik- und Handels- marken, elc .• vom 26. September t890. '. Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspßege. vom !2. März t893, 6. Oktober HUt und 25. Juni 1921. Bundesgesetz über das Obligationenrecht, v. 30. März 1911. Bundesgesetz betr. die Erfindungspatente, v. 2L Juni t907. Verordnung belr. Ergänzung und Abänderung der ße.. stimmungen des Schuldbtreibungs- und Konkursge- setz es betr. den Nachlassvertrag, vom 27. Oktober t9t7, Priva trechtliches Gesetzbuch. Polizei-Strafgesetz (buch). Bundesgesetz über das Postwesen, vom 5. April t910. Bundesgesetz über Schuldbtreibung u. Konkurs, vom 29. April t889. Strargesetz (buch). Strafprozessordnung. Strafverfahren. Bundesgesetz belr. das Urheberrecht an Werken der Lite- ratur und Kunst, vom ,. Dezember :1.922. Bundesgesetz über d. Versicherungsvertrag, v. 2; April t 908. Bundesgesetz über Verpfändung und Zwangsliquidation von Eisenbahn!' und SchitTahrtsunternehmungen, vom 25. September t9:1.'. Verordnung über die Zwangsverwertung von Grund- stücken, vom 23. April 1920. . Zivilgesetzbuch. . Zivilprozessordnung. B. AbreviatioDS françalses. Code civil. Constitution federale. Code des obligations. Code penal. Code de procedure civile. Code de proced.ure penale. Loi federale sur le contrat d'assuranc{''. Loi federale. Loi federale sur la poursuite pour' dettes et la faillil(>. Organisation jlldiciaire federale. Ordonnance sur la realisation rorcere des immeubles. C. Abbreviazionl Itajiane. Codice civile svizzero. Codice delle obbligazioni. Codice di procedura civile. Codice di proced.ura penale. Legge federale. Legge esecuzioni e rallimenti. Organizzazione giudiziaria federale. Schuldbtreihungs- und Konkursrecht. Poursuite et railnte. I. ENTSCHEIDUNGEN DER SCHULDBETREIBUNGS- UND KONKURSKAMMER ARR! .TS DE LA CHAMBRE DES POURSUITES ET DES FAILLITES 1. Entscheid vom 17. Januar 10a7 i. S. 16.11. B e t r e i b u n g g e gen die Ehe fra u: Wurde der Zahlungsbefehl nur der Ehefrau selbst zugestellt, so können bei Güterverbindung nur Vermögenswerte des Sondergutes der Ehefrau gepfändet werden. Macht der Ehemann geltend, ein gepfändeter Gegenstand gehöre zum eingebrachten Frauengut - was er binnen zehn Tagen seit Kenntnis von der Pfändung tun muss, ansonst er sein Widerspruchsrecht verwirkt -, so hat das Betreibungs- amt dem Gläubiger gemäss Art. 109 SchKG Frist zur Widerspruchsklage anzusetzen. A. - In der vom Rekursgegner gegen die Ehefrau des Rekurrenten angehobenen Betreibung stellte das Betreibungsamt am 27. November 1925 den Zahlungs- befehl der Ehefrau persönlich zu, pfändete es so dann am 17. Dezember 1925 Liegenschaften, welche auf deren Namen im Grundbuch eingetragen sind, und machte es am 31. August 1926 der Schuldnerin die Mitteilung, dass das Verwertungsbegehren gestellt wor- den sei. Am 14. September führte der Ehemann der Schuldnerin Beschwerde mit dem Antrag, ' « die Pfändung der in das Frauengut der

Schuldnerin gehörenden Liegen- schaften sei als unzulässig zu erklären und das
Betreibungs- amt anzuweisen, nur die zu einem allfälligen Sondergut AS 53 111 - 1927 1
2 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 1. gehörenden Vermögensstücke zu pfänden ». Zur Begrün- dung machte der Beschwerdeführer geltend, die Pfändung wäre nur « für» das
Sondergut der Schuldnerin zulässig gewesen, da ihm kein Zahlungsbefehl zugestellt worden
war. Demgegenüber wendete der Gläubiger ein: Es handle sich um eine mit Zustimmung
des Ehemannes eingegangene Schuld der Ehefrau, für welche das ganze Vermögen der
Schuldnerin, auch ihr dem Ehemann eingebrachtes Vermögen, hafte und daher die
Pfändung nicht nur « für » Sondergut der Ehefrau, sondern auch « für» eingebrachtes
Frauengut zulässig sei. « Wir be- haupten nun aber überdies, dass die betreffende Liegen-
schaft Sondergut der Schuldnerin ist. Es wäre Sache des Ehemannes, darzutun, dass und
wieso es sich nicht um Sondergut handelt. » Übrigens sei die Beschwerde ver- spätet, weil
der Ehemann schon längst Kenntnis von der Betreuung und namentlich auch der Pfändung
gehabt habe. Glaube der Ehemann, d.;tss durch diese Pfändung seine Rechte verletzt
werden, so habe er diese im 'Viderspruchsverfahren geltend zu machen. B. - Durch
Entscheid vom 26. November 1926 hat die obergerichtliche Aufsichtskommission über die
Be- treibungs- und Konkursämter des Kantons Aargau die Beschwerde im Sinne der
Erwägungen abgewiesen. Den Erwägungen ihres Entscheides ist zu entnehmen: « Es ist
nicht Sache der Aufsichtsbehörden, darüber zu ent- scheiden, ob ... die gepfändeten
Liegenschaften ihr (der Ehefrau) Sondergut seien oder nicht. Diese Frage(n) unterstehe(n)
der richterlichen Kognition. Will der Be- schwerdeführer geltend machen, die auf den
Namen der Ehefrau eingetragenen gepfändeten Liegenschaften seien nicht deren Sondergut,
sondern gehören zum Gemeinschaftsvermögen, so ist ihm der Weg des Wider-
spruchsverfahrens im Sinne des Art. 106 ff. SchKG offen zu halten.» C. - Gegen diesen
Entscheid hat der Beschwerde- führer den Rekurs an das Bundesgericht erklärt mit dem
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 1. 3 Antrag, es sei die in das eheliche Vermögen
vollzogene Pfändung aufzuheben und als unzulässig zu erklären und das Betreibungsamt
anzuweisen, das Sondergut der Frau Mall zu pfänden. Die Schuldbetreibungs- und
Konkurskammer zieht in Erwägung: Unter dem Güterstand der Güterverbindung des ZGB,
welcher mangels anderweitiger Eintragung im Güter- rechtsregister für die Ehegatten Mall
im Verhältnis zu Dritten massgebend ist, können auf Grund eines aus- schliesslich der
Ehefrau persönlich zugestellten Zahlungs- befehles nur solche Vermögensstücke gepfändet
werden, welche zu ihrem Sondergut gehören, nicht solche, welche zum eingebrachten
Frauengut gehören (BGE 51 III S. 92. ff. und 145 ff.). Somit hängt die Entscheidung der
Frage nach der Gültigkeit der vom Rekurrenten angefochtenen Liegenschaftspfändung
davon ab, ob die gepfändeten Liegenschaften Teile des Sondergutes der Ehefrau des
Rekurrenten oder aber des eingebrachten Frauengutes sind. Zu Unrecht glaubt der
Rekursgegner, die Gültig- keit der Pfändung für den einen wie für den andern Fall durch
den Hinweis darauf dartun zu können, dass er eine Forderung in Betreuung gesetzt habe,
für welche die Ehefrau des Rekurrenten mit ihrem ganzen Ver- mögen hafte ; denn gerade
zur Abklärung dieser Frage, welche nicht von den Betreibungsbehörden beurteilt werden
kann, ist die Zustellung eines Zahlungsbefehles an den Ehemann unerlässlich. Indessen
behauptet der Rekursgegner ausserdem noch, die gepfändeten Liegen- schaften gehören
zum Sondergut der Ehefrau des Re- kurrenten. Freilich verdient diese Behauptung kaum
ernst genommen zu werden, da nach den Akten offenbar keiner der Gründe zutrifft, aus
welchen sich die Schuld- nerin die gepfändeten Liegenschaften hätte als Sondergut
vorbehalten können: weder ein im Güterrechtsregister eingetragener und öffentlich

bekanntgemachter Ehe-

4 Sc.huldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 1. vertrag, noch die Zuwendung als Sondergut durch Dritte, noch ein Gewerbebetrieb der Ehefrau, welchem die Liegenschaften zudienen würden, noch deren Ankauf aus von der Schuldnerin seit der Verheiratung mit selbständiger Arbeit erworbenen Mitteln (Art. 190, 191) ZGB). Zutreffend hat jedoch die Vorinstanz angenommen, dass über die streitige Frage, ob ein Vermögensgegenstand der Ehefrau zu ihrem Sondergut oder aber zum eingebrachten Frauengut gehöre, grundsätzlich nicht von den Aufsichtsbehörden, sondern gegebenenfalls nur von den Gerichten entschieden werden könne, und dass durch Einleitung des Widerspruchsverfahrens Gelegenheit zur Anrufung des Richters geschaffen werden müsse. Wenn nämlich in einer gegen die Ehefrau persönlich angehobenen Betreibung, welche nur zur Pfändung von Sondergut führen darf, der Ehemann sich der Pfändung von zwar unbestrittenerweise der Ehefrau gehörenden Gegenständen aus dem Grunde widersetzt, dass sie zum eingebrachten Frauengut gehören, so tut er dies zur Wahrung seines ehemännlichen Nutzungsrechtes an den gepfändeten Gegenständen, von der Auffassung ausgehend, dass sein Nutzungsrecht die Pfändung ausschliesse; dies genügt aber zur Einleitung des Widerspruchsverfahrens, entgegen dem zu engen Wortlaut der Art. 106 bis 109 SchKG (vgl. z. B. BGE 48 III S. 221 und die dort angeführten früheren Urteile). Entgegen der Auffassung der Vorinstanz ist jedoch die Klagefrist in Anwendung des Art. 109 SchKG dem Gläubiger anzusetzen, weil die Beweislast dafür, dass ein Vermögenswert zum Sondergut gehöre, gleichwie nach Art. 193 ZGB jeden Ehegatten, der solches behauptet, so auch dessen Gläubiger trifft. Auf die vom Rekursgegner vor der Vorinstanz aufgeworfene Frage, ob der Rekurrent nicht wegen verspäteter Geltendmachung mit seinem Widerspruchsrecht auszuschliessen sei, kann nicht mehr eingetreten werden. Denn nachdem der Hekursgegner von der Weiterziehung des Schuldbeitreibungs- und Konkursrecht. N° 1. 5 hnung des Entscheides der Vorinstanz abgesehen hat, durch welchen dem Rekurrenten grundsätzlich das Recht zuerkannt wurde, sich noch im Widerspruchsverfahren gegen die Pfändung der Liegenschaften seiner Frau zur Wehr zu setzen, geht es nicht an, diesen Entscheid zu Ungunsten des Rekurrenten dahin abzuändern, dass ihm das Widerspruchsverfahren gänzlich verschlossen würde. Grundsätzlich hätte diesem Standpunkt des Rekursgegners freilich die Berechtigung nicht abgesprochen werden können. Wird nämlich das Widerspruchsverfahren für anwendbar erklärt, so ist nicht einzusehen, warum hier die Gründe nicht ebenfalls zutreffen sollten, welche das Bundesgericht veranlasst haben, Dritten, die trotz Kenntnis von der Pfändung längere Zeit haben verstreichen lassen, ohne das Betreibungsamt wissen zu lassen, dass sie ein der Pfändung entgegenstehendes Recht für sich in Anspruch nehmen, zu versagen, dieses Recht noch im Widerspruchsverfahren geltend zu machen (vgl. BGE 37 I S. 463 ff. = Sep.-Ausg. 14 S. 242 ff.; BGE 41 III S. 113 ff.). Hierbei würde es sich freilich nur um eine rein betreibungsrechtliche Verwirkungsfolge bezüglich des Drittanpruches des Ehemannes handeln und nicht etwa darum, dass der Ehemann durch sein Stillschweigen anerkannt habe, die in Betreibung gesetzte Forderung sei eine Vollschuld der Ehefrau, für die sie mit ihrem ganzen Vermögen, also auch mit ihrem eingebrachten Gute, hafte; eine derartige Anerkennung könnte vielmehr nur darin gesehen werden, dass der Ehemann, wenn ihm ein Zahlungsbefehl zugestellt wird, die Rechtsvorschlagsfrist verstreichen lässt. Daher braucht nicht untersucht zu werden, in welchem Zeitpunkt der Rekurrent Kenntnis von der Pfändung erhalten habe. Unabhängig von der Anhebung der Widerspruchsklage mit dem Ziel, die gepfändeten Liegenschaften als Sondergut der Ehefrau des Rekurrenten feststellen zu lassen, steht dem Rekursgegner natürlich auch die Be-

6 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 2. f u g n i s Z U , n a c h t r ä g l i c h a u c h n o c h d e m R e k u r r e n t e n e i n e n Z a h l u n g s b e f e h l z u s t e l l e n z u l a s s e n . G e s t ü t z t a u f d i e s e n Z a h l u n g s b e f e h l , s o b a l d e r i n R e c h t s k r a f t g e t r e t e n s e i n w ü r d e , k ö n n t e a l s d a n n d i e P f ä n d u n g d e r L i e g e n s c h a f t e n a u c h u n t e r d e r V o r a u s s e t z u n g a u f r e c h t e r h a l t e n w e r d e n , d a s s s i e z u m e i n g e b r a c h t e n G u t d e r E h e f r a u d e s R e k u r r e n t e n g e h ö r e n (B G E 51 III S. 96/7). D e m n a c h e r k e n n t d i e S c h u l d b e t r . - u n d K o n k u r s k a m m e r : D e r R e k u r s w i r d i n d e m S i n n e a b g e w i e s e n , d a s s d a s B e t r e i b u n g s a m t a n g e w i e s e n w i r d , d a s W i d e r s p r u c h s - v e r f a h r e n g e m ä s s A r t . 109 S c h K G e i n z u l e i t e n . 2. E n t s c h e i d v o m 17. J a n u a r 1997 i . S . S c h w e i z e r & Q i e . E i n e B e s c h w e r d e w e g e n u n z u l ä s s i g e r B e t r e i b u n g s a r t b e i e i n e r B e t r e i b u n g a u f P f ä n d u n g b e z w . K o n k u r s s t a t t a u f P f a n d v e r w e r t u n g i s t v o m S c h u l d n e r , u n b e k ü m m e r t d a r u m , o b e r f ü r d i e f r a g l i c h e F o r d e r u n g n e b e n d e m P f a n d a u c h p e r s ö n l i c h h a f t e t , i n n e r t 10 T a g e n s e i t Z u s t e l l u n g d e s Z a h l u n g s b e f e h l e s z u e r h e b e n . S c h K G A r t . 41 ; V Z G A r t . 85 A b s . 2 (E r w . 1). B e i G r u n d p f a n d f o r d e r u n g e n , d i e i m N a c h l a s s v e r f a h r e n a l s g e d e c k t e r a c h t e t w o r d e n s i n d . i s t d e m G l ä u b i g e r b e i d e r B e t r e i b u n g f ü r e r s t n a c h A b s c h l u s s d e s N a c h l a s s v e r t r a g e s a u f l a u f e n d e G r u n d p f a n d - z i n s e n d a s R e c h t a u f f r e i e W a h l d e r B e t r e i b u n g s a r t g e m ä s s A r t . 41 A b s . 2 S c h K G n i c h t b e n o m m e n (E r w . 2). A . -- D i e h e u t e i n L i q u i d a t i o n b e f i n d l i c h e K o m m a n d i t e s g e s e l l s c h a f t S c h w e i z e r & O e i n L u z e r n b e s i t z t i n B r u n n a d e r n (K t . S t . G a l l e n) e i n e k l e i n e F a b r i k l i e g e n s c h a f t , a u f d e r v i e r d e r E r s p a r n i s a n s t a l t B r u n n a d e r n g e h ö r e n d e z u 5 Y z % v e r z i n s l i c h e K a u f s c h u l d v e r s i c h e r u n g s b r i e f e i m G e s a m t b e t r a g e v o n 18,000 F r . l a s t e n . E n d e d e s J a h r e s 1924 s a h s i c h d i e F i r m a S c h w e i z e r & O e g e n ö t i g t , i h r e n G l ä u b i g e r n e i n e n N a c h l a s s v e r t r a g a n z u b i e t e n , i n w e l c h e m V e r f a h r e n d i e E r s p a r n i s a n s t a l t S c h u l d b e t r e i b u n g s - u n d K o n k u r s r e c h t . N ° 2 . 7 B r u n n a d e r n f ü r d i e e r w ä h n t e G r u n d p f a n d f o r d e r u n g m i t 18,000 F r . , s o w i e f ü r d e n p r o 31 . D e z e m b e r 1924 v e r f a l l e n e n J a h r e s z i n s h i e v o n m i t 990 F r . u n t e r d e n « F o r d e r u n g e n m i t v e r t r a g l i c h e m P f a n d r e c h t » k o l l o z i e r t w u r d e . D i e f r a g l i c h e L i e g e n s c h a f t w u r d e v o m S a c h w a l t e r a u f 19,000 F r . g e s c h ä t z t . A m 4 . J u l i 1925 w u r d e d e r N a c h l a s s v e r t r a g , d u r c h d e n d i e G l ä u b i g e r V . K l a s s e m i t e i n e r D i v i d e n d e v o n 24 % b e z w . 30 % a b g e f u n d e n w u r d e n , g e r i c h t l i c h b e s t ä t i g t . A m 2 . J u l i 1926 s t e l l t e d i e E r s p a r n i s a n s t a l t B r u n n a d e r n b e i m B e t r e i b u n g s a m t . L u z e r n g e g e n d i e F i r m a S c h w e i z e r & O e . e i n B e g e h r e n a u f K o n k u r s b e t r e i b u n g f ü r e i n e F o r d e r u n g v o n 1017 F r . 15 C t s . n e b s t 5 Y z % Z i n s s e i t 1 . J a n u a r 1926 , z u z ü g l i c h B e t r e i b u n g s k o s t e n , w o b e i s i e a l s F o r d e r u n g s g r u n d a n g a b : « H y p o t h e k a r - z i n s v o n 18,000 F r . a 5 Y z % i n c l . V e r z ü g s z i n s u n d P o r t i a u s l a g e n . J) D a d i e F i r m a S c h w e i z e r & O e g e g e n d e n a u f d i e s e s B e g e h r e n h i n a u s g e s t e l l t e n Z a h l u n g s b e f e h l w e d e r R e c h t s v o r s c h l a g n o c h B e s c h w e r d e e r h o b , e r l i e s s d a s B e t r e i b u n g s a m t u m 3 . S e p t e m b e r 1926 d i e K o n k u r s a n d r o h u n g . B . - H i e g e g e n b e s c h w e r t e s i c h d i e B e t r e i b u n g s s c h u l d n e r i n b e i d e n A u f s i c h t s b e h ö r d e n m i t d e m B e g e h r e n u m A u f h e b u n g d e s Z a h l u n g s b e f e h l e s u n d d e r K o n k u r s a n d r o h u n g . d a h i e r a n g e s i c h t s d e s d e r B e s c h w e r d e f ü h r e r i n b e w i l l i g t e n N a c h l a s s v e r t r a g e s n u r e i n e B e t r e i b u n g a u f P f a n d v e r w e r t u n g z u l ä s s i g g e w e s e n w ä r e . C . - S o w o h l d i e u n t e r e a l s a u c h d i e o b e r e k a n t o n a l e A u f s i c h t s b e h ö r d e w i e s e n d i e B e s c h w e r d e a b , d i e l e t z t e r e m i t U r t e i l v o m 21 . O k t o b e r 1926 , d e n P a r t e i e n z u g e s t e l l t a m 20 . N o v e m b e r 1926 . D . - G e g e n d i e s e n E n t s c h e i d h a t d i e B e s c h w e r d e f ü h r e r i n a m 29 . N o v e m b e r 1926 d e n R e k u r s a n d a s B u n d e s g e r i c h t e r k l ä r t , u n t e r W i e d e r h o l u n g d e s b e i d e n V o r i n s t a n z e n g e s t e l l t e n R e c h t s b e g e h r e n s .

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.